

Gesamtinhaltsübersicht

Vorwort	19
Abkürzungsverzeichnis	21
I. Einführung: Aufenthaltsrechtliche Grundlagen.....	23
1. Asylrecht als besonderer Teil des Aufenthaltsrechts.....	24
2. Grundunterscheidung des Aufenthaltsrechts: Deutsche und Ausländer	25
2.1 Reichweite der Unterscheidung	25
2.2 Ausländer mit besonderen Rechten	26
3. Ausreisepflicht und Abschiebung	31
3.1 Grundbegriffe.....	31
3.2 Die Voraussetzungen einer Abschiebung	33
3.3 Aussetzung der Abschiebung: Duldung	38
4. Rechtlich erlaubte und gestattete Aufenthalte.....	47
4.1 Übersicht	47
4.2 Aufenthaltserlaubnis	47
4.3 Aufenthaltsgestattung und Ankunfts nachweis	50
5. Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis (§ 5 AufenthG)	50
5.1 Grundlage	50
5.2 Anspruch auf Erteilung und Ermessensentscheidung	50
5.3 Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 AufenthG	52
5.4 Zugelassene Aufenthaltszwecke (Besondere Erteilungsvoraussetzungen)	53
5.5 Neuregelungen durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz.....	55
5.6 Niederlassungserlaubnis und Daueraufenthalt	56
6. Zusammenfassung und Ausblick	56
6.1 Die verschiedenen Situationen des Aufenthalts.....	56

6.2	Aufenthalt für geflüchtete Menschen.....	57
II.	Die wichtigsten Änderungen im Asylrecht seit Sommer 2018	59
1.	Die Rechtsquellen des Asylrechts.....	60
2.	Wichtige Änderungsgesetze	61
2.1	Überblick	61
2.2	Die einzelnen Regelungen.....	62
III.	Die verschiedenen Schutzstatus (Verfolgungs- und Abschiebeschutzgründe).....	65
1.	Der Inhalt des Schutzantrages.....	67
2.	Grundrecht auf Asyl (Art. 16a Abs. 1 GG)	68
3.	Flüchtlingseigenschaft nach der Genfer Konvention (§ 3 AsylG, § 60 Abs. 1 AufenthG)	70
3.1	Grundsatz des Non-Refoulement (Grundsatz der Nichtzurückweisung von Verfolgten)	70
3.2	Begründete Furcht vor Verfolgung.....	70
3.3	Keine Vorverfolgung (vor der Flucht) erforderlich.....	71
3.4	Sogenannte Nachfluchtgründe	73
3.5	Verfolgungshandlungen.....	76
3.6	Verfolgungsgründe	77
3.7	Verknüpfung zwischen Verfolgungsgrund und Verfolgungshandlung	85
3.8	Staatliche und nichtstaatliche Verfolgung.....	86
3.9	Inländische Fluchtalternative.....	87
3.10	Ausschlussgründe	89
3.11	Widerruf und Rücknahme	90
3.12	Zusammenfassung und Checkliste	90
4.	Der subsidiäre Schutz (§ 4 AsylG)	91
4.1	Grundgedanke: Drohen eines ernsthaften Schadens.....	91
4.2	Die drei Varianten eines ernsthaften Schadens	92

4.3	Interner Schutz und Ausschlussgründe	97
5.	Die nationalen Abschiebungsverbote (§ 60 Abs. 5 und 7 AufenthG)	97
5.1	Die Voraussetzungen des nationalen Abschiebeschutzes	97
5.2	Abschiebeschutz bei drohender Verelendung (§ 60 Abs. 5 AufenthG).....	98
5.3	Abschiebeschutz nach § 60 Abs. 7 AufenthG.....	100
5.4	Fazit	102
6.	Übersicht: Die verschiedenen Schutztatbestände	102
 IV.	 Folgen der Anerkennung	 103
1.	Die Aufenthaltserlaubnis für Schutzberechtigte	105
1.1	Grundsatz.....	105
1.2	Die Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 bis 3 AufenthG: Bedingungen.....	106
1.3	Passpflicht und Identitätsklärung bei einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 bis 3 AufenthG... .	107
1.4	Die Folgen einer nicht nachgewiesenen Identität.....	108
1.5	Sonderfall: der „antragsunabhängige Aufenthalt“ bei § 25 Abs. 1 und 2 AufenthG	109
2.	Passerteilung	110
2.1	Grundsatz der Passpflicht	110
2.2	Der Reiseausweis für Flüchtlinge („Flüchtlingspass“, „blauer Pass“)	111
2.3	Reiseausweis für Ausländer („grauer Pass“).....	111
2.4	Schutzzuerkennung und Reiseausweis (Übersicht)	112
3.	Die Wohnsitzbeschränkung für Schutzberechtigte (§ 12a AufenthG)	113
3.1	Offizielles Ziel der Regelung	113
3.2	Die vier Formen der Wohnsitzbeschränkung des § 12a AufenthG.....	114

3.3	Ausnahmen von der Wohnsitzbeschränkung	115
3.4	Konsequenzen bei einer Verletzung der Wohnsitzbeschränkung	116
4.	Der Familiennachzug zu Schutzberechtigten	116
4.1	Grundsatz des Familiennachzugs	116
4.2	Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen und Asylberechtigten	119
4.3	Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten.....	121
4.4	Familiennachzug und nationale Abschiebungsverbote ..	122
4.5	Elternnachzug (§ 36 Abs. 1 AufenthG)	122
4.6	Familiennachzug und Schutzberechtigung: Übersicht....	123
4.7	Das Verfahren des Familiennachzugs	124
5.	Familienasyl und internationaler Schutz bei Familien (§ 26 AsylG)	127
5.1	Begriff des Familienasyls bzw. internationaler Familienschutz	127
5.2	Familienschutz für Ehegatten	129
5.3	Familienschutz für minderjährige ledige Kinder (§ 26 Abs. 2 AsylG).....	131
5.4	Familienschutz für Eltern und Geschwister von Anerkannten (§ 26 Abs. 3 AsylG)	132
5.5	Familienschutz bei Tod oder späterer Auflösung der Ehe	133
6.	Aufenthaltsverfestigung bei Schutzberechtigten	134
6.1	Grundsatz.....	134
6.2	Die unbefristete Aufenthaltserlaubnis.....	134
6.3	Die Einbürgerung	136
V.	Unzulässige Asylanträge wegen Berührung mit einem anderen Staat	139
1.	Unzulässige Asylanträge nach § 29 AsylG	140
1.1	Was sind unzulässige Asylanträge?.....	140

1.2	Unzulässigkeit wegen Drittstaatsbezugs	141
1.3	Andere unzulässige Asylanträge.....	142
2.	Unzulässige Anträge wegen anderweitiger Zuständigkeit aufgrund der Dublin-III-VO	142
2.1	Die Dublin-III-VO	142
2.2	Die Dublin-Kriterien.....	149
2.3	Zuständigkeit bei mehrmalig gestellten Asylanträgen...	153
2.4	Pflicht zum Selbsteintritt und Überstellungsverbot.....	154
2.5	Das Dublin-Verfahren	156
2.6	Der „Dublin-Bescheid“.....	160
2.7	Überstellungsfrist und Überstellung	161
2.8	Tipps für die Beratung mit „Dublin-Fällen“	166
3.	Unzulässige Anträge wegen einer Schutzerteilung in der EU	167
3.1	Grundsatz.....	167
3.2	Inhalt des „Drittstaatenbescheides“.....	167
3.3	Rechtsmittel gegen einen Drittstaatenbescheid	169
4.	Unzulässige Anträge wegen Schutzes in einem sonstigen Staat (§ 29 Abs. 1 Nr. 4 AsylG)	171
5.	Unzulässige Zweitanträge	171
5.1	Begriff	171
5.2	Prüfungsschema bei einem Zweitantrag.....	172
5.3	Der Bescheid bei erfolglosem Zweitantrag	173
5.4	Rechtsmittel	173
VI.	Asylantragstellung, Verteilung und gestatteter Aufenthalt.....	175
1.	Der Asylantrag (§ 13 AsylG)	177
1.1	Inhalt des Asylantrags.....	177
1.2	Die Beschränkung des Asylantrags	178
1.3	Zuständige Behörde	180

1.4	Die persönliche und örtliche Dimension der Antragstellung.....	181
2.	Die Asylantragstellung	183
2.1	Die beiden Wege der Asylantragstellung: persönlich und schriftlich.....	183
2.2	Der Ablauf der persönlichen Antragstellung.....	185
2.3	Die schriftliche Antragstellung.....	190
3.	Auswirkungen der Asylantragstellung auf das Aufenthaltsrecht	191
3.1	Erlöschen bestimmter Aufenthaltstitel durch Asylantragstellung	191
3.2	Titelerteilungssperre während des Asylverfahrens	193
3.3	Titelerteilungssperre nach einer Ablehnung des Asylantrags	195
4.	Der gestattete Aufenthalt.....	196
4.1	„Vorwirkung des Flüchtlingsschutzes“	196
4.2	Beginn des gestatteten Aufenthalts.....	196
4.3	Die Dokumente des gestatteten Aufenthalts.....	197
4.4	Mobilität während des gestatteten Aufenthalts.....	198
4.5	Das Ende des gestatteten Aufenthalts	199
5.	Die Rücknahme des Asylantrags	200
5.1	Grundsatz.....	200
5.2	Zeitliche Dimension der Rücknahme und ihre Folgen....	200
6.	Mitwirkungspflichten und Sanktionen	201
6.1	Grundsatz.....	201
6.2	Wichtige Pflichten und Sanktionen	202
6.3	Verschulden	204
6.4	Pflichten im „beschleunigten Verfahren“ (§ 30a AsylG).	204
6.5	Duldungspflichten gegenüber einer Durchsuchung (§ 15 Abs. 4 AsylG).....	205
6.6	Mitwirkung bei der Identitätsfeststellung.....	205

6.7	Die Rücknahmefiktion nach § 33 AsylG.....	207
VII.	Soziale Rechte des Antragstellers während des Verfahrens	213
1.	Grundsatz: physisches und soziokulturelles Existenzminimum	214
2.	Sozialleistungen während des Verfahrens	214
2.1	Prinzip.....	214
2.2	Sachleistungsprinzip während der Wohnpflicht in der Aufnahmeeinrichtung.....	215
2.3	Leistungen nach dem Transfer	215
2.4	Leistungen nach dem Wechsel in die „Analogleistungen“	215
3.	Medizinische Leistungen während des Verfahrens	216
3.1	Während der ersten 18 Monate des gestatteten Aufenthalts	216
3.2	Nach 18 Monaten (bei Wechsel in die „Analogleistungen“).....	216
4.	Zugang zu Integrationskursen während des Verfahrens	216
5.	Leistungskürzungen bei mangelnder Mitwirkung und anderen Gründen	217
6.	Exkurs: Leistungen für Personen mit Schutzstatus und Aufenthaltserlaubnis in Deutschland	217
VIII.	Erwerbstätigkeit, Ausbildung und Studium während des Asylverfahrens	219
1.	Grundsatz: Liberalisierung bei Erwerbstätigkeit, Ausbildung und Studium	220
2.	Gestattung der Erwerbstätigkeit (§ 61 AsylG)	221
2.1	Erwerbsverbot während der Zeit der Wohnpflicht/ während der ersten drei Monate.....	221
2.2	Erwerbsverbot für Personen aus sicheren Herkunftsstaaten im Asylverfahren.....	221

2.3	Möglichkeit einer Beschäftigung nach dreimonatigem Aufenthalt.....	221
3.	Berufsausbildung.....	223
4.	Studium	223
4.1	Grundsatz.....	223
4.2	Studium ist keine Erwerbstätigkeit.....	223
4.3	Mobilität und Studium.....	224
4.4	Anerkennung der Studievoraussetzungen	224
4.5	Studienfinanzierung.....	224
4.6	Wechsel in einen Studienaufenthalt.....	224
IX.	Die Anhörung zu den Verfolgungsgründen	225
1.	Die Entscheidung des Bundesamts über Asyl und internationalen Schutz	227
1.1	Prüfungsmaßstab: Verfolgung oder ernsthafter Schaden bei Rückkehr.....	227
1.2	Beweiserleichterungen	227
1.3	Rechtliche Würdigung.....	228
2.	Der Geflüchtete zwischen Darlegungslast und Amtsermittlungsgrundsatz	228
2.1	Darlegungslast.....	228
2.2	Amtsermittlungsgrundsatz	229
2.3	Die konkrete Darlegungslast im Einzelfall	229
2.4	Aussage- und Auskunftsverweigerungsrechte	230
2.5	Verspätetes Vorbringen	231
3.	Die Anhörung von Minderjährigen	232
3.1	Das Mindestalter für eine Anhörung.....	232
3.2	Die Person des Anhörers bei UMF.....	233
4.	Die Durchführung der Anhörung beim Bundesamt	233
4.1	Die Ladung zur Anhörung.....	233
4.2	Unmittelbarkeit und Vertraulichkeit der Anhörung	233

4.3	Dolmetscher oder Sprachmittler	234
4.4	Inhalt und Ablauf der Anhörung	235
5.	Der glaubhafte Vortrag in der Anhörung	238
5.1	Glaubhaftigkeit und Glaubwürdigkeit.....	238
5.2	Die einzelnen Kriterien für die Glaubhaftigkeit.....	239
6.	Vorbereitung und Begleitung bei der Anhörung	243
6.1	Hinweise und Ratschläge	243
6.2	Die Ermittlung der Verfolgungsgründe zur Vorbereitung	244
6.3	Prüfung der menschenrechtlichen Lage im Herkunftsland.....	245
6.4	Die Vorbereitung auf mögliche Fragen in der Anhörung.....	246
6.5	Die Einflussmöglichkeiten während der Anhörung.....	250
X.	Die Entscheidung des Bundesamts über den Asylantrag	253
1.	Der Bescheid des Bundesamts	254
1.1	Die erforderliche Form.....	254
1.2	Bestandskraft einer Entscheidung	254
1.3	Die Zustellung des Bundesamtsbescheides	255
2.	Inhalt des Bundesamtsbescheides	256
2.1	Übersicht.....	256
2.2	Wichtige Informationen für einen Anwalt.....	257
3.	Die negativen Entscheidungen des Bundesamts	257
3.1	Ablehnung des Schutzersuchens als „einfach unbegründet“ mit Abschiebungsandrohung in den Herkunftsstaat.....	257
3.2	Ablehnung des Schutzantrags als „offensichtlich unbegründet“.....	258
3.3	Der Dublin-Bescheid.....	262

3.4	Ablehnung wegen eines Schutzstatus in einem Drittstaat.....	263
4.	Beispiele für positive Bescheide	264
4.1	Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft.....	264
4.2	Zuerkennung des subsidiären Schutzes.....	264
4.3	Feststellung von Abschiebeverboten nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG	265
XI.	Das gerichtliche Verfahren gegen die Ablehnung durch das Bundesamt	267
1.	Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz	268
1.1	Die Klageerhebung bei unabhängigen Gerichten	268
1.2	Die Rechtsmittelbelehrung.....	268
1.3	Die zuständigen Verwaltungsgerichte	269
1.4	Die Entscheidungskompetenz der Verwaltungsgerichte	270
1.5	Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht oder beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) .	270
2.	Das gerichtliche Verfahren (erste Instanz)	271
2.1	Die fristgerechte Klageerhebung	271
2.2	Die Klageerhebung	272
2.3	Die Klagebegründung.....	274
2.4	Die mündliche Verhandlung.....	275
2.5	Das Urteil.....	279
2.6	Der Eilantrag	280
3.	Antrag auf Zulassung der Berufung nach einem negativen Urteil	281
4.	Vorgehen nach einem positiven Gerichtsverfahren	283
XII.	Der Wegfall der Anerkennung: Erlöschen, Widerruf und Rücknahme.....	285
1.	Erlöschen der Flüchtlingsanerkennung und Asylberechtigung	286

1.1	Erlöschen als Sonderfall	286
1.2	Erlöschensgründe bei Flüchtlingsanerkennung und Asylberechtigung	286
1.3	Folgen des Erlöschens	287
2.	Widerruf der Schutzberechtigung	288
2.1	Begriff des Widerrufs.....	288
2.2	Widerrufsgründe im Flüchtlingsrecht.....	288
2.3	Widerrufsverfahren.....	288
3.	Rücknahme	290
4.	Zusammenfassendes Schaubild	291
5.	Auswirkung von Widerruf und Rücknahme auf den Aufenthaltsstatus	291
5.1	Der Widerruf durch die Ausländerbehörde als Reaktion auf den Wegfall der Schutzanerkennung	291
5.2	Der Widerruf einer befristeten Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 bis 3 AufenthG	292
5.3	Der Widerruf einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis bei ehemaligen Schutzberechtigten.....	292
XIII.	Der Folgeantrag (§ 71 AsylG).....	295
1.	Antragstellung	296
1.1	Begriff des Folgeantrags.....	296
1.2	Beschränkung auf neue Gründe	296
1.3	Antragstellung.....	297
1.4	Status während des Verfahrens	297
2.	Prüfung der Wiederaufnahmegründe.....	299
2.1	Wiederaufnahmegründe	299
2.2	Ohne grobes Verschulden (§ 51 Abs. 2 VwVfG).....	300
2.3	Noch immer eine Frist von drei Monaten (§ 51 Abs. 3 VwVfG)?.....	300
3.	Bescheid und Rechtsmittel	301

3.1	Der Bescheid bei einer Ablehnung des Wiederaufgreifens	301
3.2	Rechtsmittel.....	301
3.3	Vorgehen bei verfristetem Folgeantrag.....	301
3.4	Besonderheiten bei Folgeanträgen auf der Grundlage von selbst geschaffenen Nachfluchtgründen (§ 28 Abs. 2 AsylG).....	302
4.	Antrag auf Wiederaufgreifen bei nationalen Abschiebungsverboten	303
XIV.	Rechtsstellung von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten und von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF)	305
1.	Personen aus sicheren Herkunftsstaaten	306
1.1	Grundlage	306
1.2	Die sicheren Herkunftsstaaten	306
1.3	Die Vermutung in § 29a AsylG	306
1.4	Einschränkungen im Asylverfahren	307
1.5	Konsequenzen im Falle der Ablehnung.....	307
2.	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	308
2.1	Begriff	308
2.2	Unterbringung und Verteilung	308
2.3	Rechte im Verfahren	308
XV.	Literaturverzeichnis	309
XVI.	Stichwortverzeichnis	311